



Elke Erlecke leitet das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Cotonou, Benin.

## **SPÄTERER AUFSTIEG NICHT AUSGESCHLOSSEN**

### **WESTAFRIKANISCHE FRAUEN IN POLITIK UND GESELLSCHAFT**

*Elke Erlecke*

Als Nkosazana Dlamini-Zuma im Juli 2012 als erste Frau in der Geschichte der Afrikanischen Union zu deren Kommissionspräsidentin gewählt wurde, ging ein Rauschen durch die Weltpresse. Eine Meldung war den Medien vor allem ihre Rolle als Galionsfigur der afrikanischen Frauenemanzipation wert. Solche Botschaften, die ihnen Mut machen, haben die Frauen in Westafrika bitter nötig. Ihre Stellung als Hüterin des Herdfeuers ist unbestritten, ihre Rolle als mehrfache Mutter und Schwerstarbeiterin in der Landwirtschaft wird nicht hinterfragt. In vielen Fällen besitzen die Frauen das Monopol im informellen Kleinhandel. Zwar mangelt es nicht an Gelegenheiten und Feiertagsreden, bei denen ihre wichtige Rolle als Trägerin der Entwicklung des Landes regelmäßig durch Regierungen und politische Parteien beschworen wird. Allein – es mangelt an Anerkennung und einer politischen Repräsentanz, die das faktisch vorhandene gesellschaftliche Gewicht der Frauen abbildet.

### **EIN GROSSER SCHRITT FÜR DIE FRAUEN AFRIKAS: PEKING UND DIE FOLGEN**

Groß ist die Zahl internationaler Konventionen, die sich als Impulse für eine Verbesserung der Lage der Frauen in Afrika erwiesen. Einen Meilenstein stellte 1995 die Internationale Weltfrauenkonferenz in Peking dar, die die ungenügende politische und parlamentarische Repräsentanz von

Frauen weltweit anprangerte.<sup>1</sup> Im Anschluss daran wurden in Afrika vor allem Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen sowie Politikstrategien zur Verbesserung ihrer Situation in Angriff genommen.

Das 2003 in Maputo verabschiedete Protokoll über die Rechte der Frau in Afrika konkretisierte und ergänzte die Afrikanische Charta der Rechte des Menschen und der Völker aus dem Jahr 1981. Erstmals bezog sich ein völkerrechtlich bindendes Dokument ausschließlich auf die Situation von Frauen in Afrika, auf die Förderung ihrer Rechte und ihren Schutz, und verpflichtete die Vertragsstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Protokoll vollständig und wirksam umzusetzen. Völkerrechtlich war es ein großer Schritt, als es im November 2005 in Kraft trat. 26 der 53 Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union haben das Maputo-Protokoll inzwischen ratifiziert. 2004 hatten zusätzlich bereits 51 von 53 Staaten der Afrikanischen Union die VN-Konvention zur Vermeidung von Diskriminierung der Frauen unterzeichnet.

Auch an nationalen Strategien, die zur Beförderung der Situation von Frauen erarbeitet wurden, ist im westlichen Subsahara-Afrika kein Mangel. Diese waren meist Folgen der Pekinger Weltfrauenkonferenz. Dennoch bleiben die Lebensbedingungen für die weibliche

Bevölkerungsmehrheit schwierig. Insbesondere im Bereich der politischen Selbstbestimmung und Mitwirkung sind Frauen stark unterrepräsentiert. Führungspositionen befinden sich fast ausschließlich in männlicher Hand. Dass aus einer solchen Analyse der Situation mittel- und langfristiger Handlungsbedarf resultiert, darüber sind sich Regierungen und politische Entscheidungsträger vor Ort einig. Folglich werden im westlichen Subsahara-Afrika diverse Akteure tätig, deren gemeinsames Ziel eine verbesserte Geschlechtergerechtigkeit ist: gouvernementale Strategien treffen auf Bemühungen von Parteien, Zivilgesellschaft und individuelles Engagement von Frauen ergänzen sich.

**Zur verbesserten Geschlechtergerechtigkeit werden diverse Akteure tätig: gouvernementale Strategien treffen auf Bemühungen von Parteien, Zivilgesellschaft und individuelles Engagement von Frauen ergänzen sich.**

1 | Durch die Ergebnisse der Konferenz wurden auch westafrikanische Frauenorganisationen in ihrem Kampf für die Rechte der Frauen im eigenen Land ermutigt. So sorgten in Mali das Collectif des Femmes de Mali (COFEM) und die Association Pour le Progrès et la Défense des Droits de la Femme (APDDF) für die Ausschaltung des Einflusses älterer islamischer Führer in den Medien.

Daher lohnt es sich, in Bezug auf Benin, Burkina Faso, die Côte d'Ivoire, Niger und Togo zu fragen: Wie gestalten sich die Bedingungen für das Leben von Frauen in diesen Staaten? Welche Möglichkeiten bieten Parteien Frauen, die sich engagieren wollen? Auf welchen Wegen können Frauen Entscheidungs- und Führungspositionen in Partei und Parlamenten erreichen? Und nicht zuletzt: Welche Hindernisse stellen sich dem Fortkommen von Frauen in diesen Ländern in den Weg?

### **ZWISCHEN WIEGE UND WAAGE: FAMILIÄRES UND WIRTSCHAFTLICHES UMFELD**

Ein Beispiel aus Cotonou: Colombe wurde drei Tage vor Weihnachten 2012 in der beninischen Handelsmetropole geboren. Momentan schläft sie tagsüber unter einem Moskitogitter auf dem Boden des kleinen Verkaufsstandes ihrer Mutter Denise. Bereits jetzt ist ihre Zukunft so gut wie vorgezeichnet. Ihre Mutter verdient durch ihren kleinen Obst- und Gemüsehandel recht gut – aber nicht so gut, dass sie ihrer kleinen Tochter später den Besuch einer beninischen Privatschule finanzieren könnte. Sollten die Einkünfte der Mutter sinken, ist es selbstverständlich, dass Colombe die Schule zugunsten ihres älteren Bruders verlässt.



„Alle Mädchen in die Schule“: Die Realität sieht in Benin oft anders aus. | Quelle: © Elke Erlecke.

Frauen wie Denise haben es in der ohnehin strukturell schwachen Region Westafrika besonders schwer. Ihre Lebensbedingungen definieren bereits ihre soziale Situation und ihre Chancen. Eine niedrige Lebenserwartung, ein niedriges Heiratsalter,<sup>2</sup> hohe Geburtenraten, ein niedriges Bildungsniveau, dazu eine hohe Kindersterblichkeit verbinden sich mit mangelndem oder teurem Zugang zu ärztlicher Versorgung und ergeben eine Ausgangsposition, die einen Ausbruch aus der vorgezeichneten Lebensbahn schwierig oder unmöglich erscheinen lässt.<sup>3</sup> Zwangsheiraten sind weiterhin in den ländlichen Regionen sehr verbreitet. Wird eine Frau dort Witwe, kann ihr Leben mit deutlichen Einschränkungen der Freizügigkeit, ja sogar der persönlichen Lebensführung (Wasch- und Frisierverbot für mehrere Monate) verbunden sein.

In der Regel setzt materielle Armut dem Willen zum Aufstieg eine deutliche Grenze. Einschlägige Programme der Entwicklungszusammenarbeit im Verein mit Strategien der nationalen Regierungen versuchen, dieser Ausweglosigkeit einen Riegel vorzuschieben und im besten Fall die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen zu begründen, die Grundlage für die soziale Emanzipation ist. In Benin versetzen so Mikrokredite Frauen in die Lage, mit einem kleinen Einstiegsbudget den Start in die wirtschaftliche Selbständigkeit zu schaffen.<sup>4</sup> Die Berufswelt ist männlich geprägt: In Benin sind 74 Prozent aller Beschäftigten,

**In Benin sind 74 Prozent aller Beschäftigten, die in einem formellen Arbeitsverhältnis stehen, Männer. Die Domäne der Frauen ist der informelle Sektor.**

- 2 | 2012 wurden in der Côte d'Ivoire, Benin, Mali und Togo mehr als ein Drittel aller Mädchen vor Erreichen des 18. Lebensjahres verheiratet.
- 3 | Zu den negativen Determinanten weiblichen Lebens zählt auch weiterhin die Gewalt, die trotz aller internationalen und nationalen gesetzlichen Regelungen weiterhin an der Tagesordnung ist. In den Familien ist häusliche Gewalt oft sozial akzeptiert. Die Fortschritte der vergangenen Jahre, in denen die Zahl der Genitalverstümmelungen im Rückgang begriffen war, dürfen nicht über deren teilweise noch hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung hinwegtäuschen. Der für junge Mädchen lebensgefährliche Eingriff bleibt in manchen Ethnien und in den Regionen um Tillaberi, Diffa und das Stadtgebiet von Niamey Bestandteil der Kultur. Sexuelle Vergehen werden vor allem in Ländern, die gegenwärtig oder in den letzten Jahren bewaffnete Konflikte erlebt haben, banalisiert. Die Opfer werden zusätzlich nach der Tat sozial stigmatisiert.
- 4 | In Benin sind 94 Prozent aller Empfänger von Mikrokrediten Frauen. Präsident Boni Yayi hat Mikrokredite für Frauen bewusst als Teil seiner Wahlkampfstrategien im Wettbewerb um die Präsidentschaft eingesetzt.

die in einem formellen Arbeitsverhältnis stehen, Männer. Die Domäne der Frauen ist der informelle Sektor. Bei den offiziell registrierten Unternehmen bilden diejenigen, die von Frauen geführt werden, das Schlusslicht.<sup>5</sup> Arbeitslosigkeit hat ein weibliches Gesicht – in allen fünf Staaten der Region gibt es ein deutliches Gefälle zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen. Damit wird der Verbleib der Frauen in abhängigen Positionen zementiert.

Familie, Beruf, Kindererziehung: Die Lebensbedingungen von Frauen stecken bereits den größten Teil des Raumes ab, in dem sie Entscheidungen fällen können.<sup>6</sup> Dieser bleibt beschränkt auf die private, nicht-öffentliche Sphäre. Politisches Engagement von Frauen ist aber auch abhängig vom rechtlichen Status, den ihnen Politik und Gesellschaft zubilligen. Dieser hat in den vergangenen 30 Jahren formal einen großen Wandel durchgemacht.

### **FRAUEN MITTEN IM AFRIKANISCHEN LEBEN: FORMALER STATUS VS. LEBENSWIRKLICHKEIT**

**In Benin bemüht sich die Regierung, die Gleichheit zwischen Mann und Frau neben der Verankerung in der Verfassung in den Landesgesetzen abzubilden.**

In den 1990er Jahren kam es auf Betreiben von Frauenorganisationen in ganz Afrika zu Verfassungsänderungen. Ihr Ziel: den rechtlichen Status von Frauen zu verbessern.

Diese Entwicklung sparte auch Westafrika nicht aus. In den Jahren seit der Jahrtausendwende ging es dann vor allem um eine Sicherung bzw. Stärkung der individuellen Frauenrechte sowie um ein weiteres deutliches Verbot der Diskriminierung. Die grundsätzlich positive Entwicklung schlägt sich in der Gesetzgebung der einzelnen Länder nieder. In Benin beispielsweise bemüht sich die Regierung, die Gleichheit zwischen Mann und Frau neben der Verankerung

5 | Von den 2007 offiziell registrierten Unternehmen im Niger wurden 5,14 Prozent von Frauen geleitet.

6 | Nicht einmal in der häuslichen Sphäre haben in allen Teilen der Subregion die Frauen eine starke Position: Im Niger werden die meisten Entscheidungen durch den männlichen Haushaltsvorstand getroffen. Ob und was eingekauft wird, wie oft die Familie die Verwandten besucht, Gesundheitsvorsorge und Familienplanung, in Einzelfällen sogar die Entscheidung, was auf den Tisch kommt – alles obliegt männlicher Entscheidungshoheit. Diese Lage ändert sich allerdings maßgeblich, sobald die Frau ein eigenes Einkommen hat: über dessen Verwendung entscheiden mehr als 85 Prozent der Bezieherinnen alleine.

in der Verfassung in den Landesgesetzen abzubilden. In den Entwicklungsstrategien des Landes spielen Frauen eine wesentliche Rolle. Der Staat fördert sie unter anderem aktiv in ihrer Rolle als private Arbeitnehmerinnen und garantiert ihnen die gleichen Rechte wie ihren männlichen Kollegen, wenn sie im öffentlichen Dienst tätig sind.<sup>7</sup> Auch in Burkina Faso und in der Côte d'Ivoire genießt die Frau gemäß Verfassung und Code des personnes et de la famille die formelle Gleichheit zu den Männern.<sup>8</sup>



Togolesische Frauen in der Landwirtschaft. In westafrikanischen Fabriken sind sie dagegen noch immer unterrepräsentiert. | Quelle: flickr / undptogo (CC BY).

Wie so oft jedoch steckt auch hier der Teufel im Detail. Zum einen gelingt es in der Region zwischen Sahel und Atlantik nicht immer, den – wenn auch offiziell akzeptierten – internationalen Rahmen mit der nationalen Gesetzgebung in Einklang zu bringen. Selbst wenn dieses gelingt, steht immer noch die Harmonisierung mit traditionellen Rechtsvorstellungen aus, die durch Ethnie oder Religion geprägt sind. Im Konflikt zwischen Moderne und Tradition siegt letztere. Verstöße dagegen werden kulturell sanktioniert. Zum anderen gibt es immer noch Fälle, in denen konkrete Regelungen in bestimmten Rechtsbereichen den verfassungsrechtlichen Bestimmungen zuwiderlaufen. Dies ist

7 | Gesetz Nr. 86-013, 26.02.1986.

8 | So nimmt der Code actuel des personnes et de la famille du Burkina beide Ehepartner bezüglich der Haushaltsführung in die Pflicht (Art. 235). Im Volksmund wird das Gesetz daher „Code des femmes“ genannt.

besonders dort der Fall, wo es sich um die Lebenswirklichkeit von Frauen handelt, also z.B. im Bereich des Familienrechtes. In fast allen Ländern der Region genießt der Mann den Status des *chef de famille*, dem die Wahl des Wohnortes zusteht und der die gemeinsamen Güter verwaltet. Oft zeigen Regelungen, die Frauen schützen sollen, unbeabsichtigte gegenteilige Wirkungen. So hat das Verbot der Polygamie in vielen Staaten der Region die Ausweitung der *repudiation* (Verstoßung) und den Herauswurf der Frauen aus den Wohnungen gefördert. Diese genießen dann keinerlei Schutz. Und auch dort, wo modernes Recht Frauen sogar positiv diskriminieren mag, werden letztlich in der Praxis wieder alte Verhaltensmuster wirksam. So sorgen Quoten in den Parteien nicht zwingend für eine höhere Beteiligung der Frauen an der Politik, weil informeller Druck der Männer die Frauen daran hindert.

Am Beispiel des Sahelstaates Niger können die Schwierigkeiten nachgezeichnet werden, die sich bei der Umsetzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte ergeben. Auf den ersten Blick scheint die Lage der Frauen in Niger überdurchschnittlich gut gesichert. Nicht nur hat das Land die Mehrheit der internationalen Konventionen über die Menschenrechte unterzeichnet. Die Gleichheit zwischen Mann und Frau ist im Niger gesetzlich garantiert. Die nigrische Verfassung stellt die Gleichheit aller vor dem Gesetz ohne Ansehen von Geschlecht, sozialer Herkunft, Rasse, Ethnie oder Region fest. Ein Quotensystem regelt die Zugänge zu Verwaltung, Regierung, diplomatischem Corps sowie staatlichen Gesellschaften. Der Posten des zweiten Vizepräsidenten der staatlichen Wahlkommission ist für eine Frau reserviert. Im Übrigen erlauben besondere Regelungen Mann und Frau den gleichen Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen.

Bei der Realisierung der verfassungsmäßigen Rechte der Frauen kommt es allerdings immer wieder zu Konfrontationen mit Gewohnheitsrechten und islamischem Recht. Am klarsten wird dies beim *Droit de la Famille* et du Statut Personnel. Mehrere Male versuchte der nigrische Staat, den Code de la Famille einzuführen: fast gelang es dem entschiedenen Widerstand der verschiedenen islamischen Organisationen, dies zu verhindern – zuerst 1976, dann wieder in den Jahren von 1985 bis 1989. Hier kollidiert der

egalitäre Ansatz der modernen Gesetzgebung mit dem Gewohnheitsrecht, das seinen Ursprung im Patriarchat hat. Dessen Regelungen stehen im Widerstreit mit dem Status der Frau, wie er in der Verfassung festgelegt ist. Befolgt die Frau z.B. die Regelungen des Gewohnheitsrechtes, dann kann sie weder über Zeitpunkt und Zahl von Schwangerschaften noch über die Schließung oder Auflösung ihrer Ehe entscheiden. Die Eingriffsmöglichkeiten des Staates sind hier beschränkt. Der gleiche Widerstand wie im Falle des Code de la Famille schlug 2006 dem Protokoll der Charte Africaine sur les Droits des Femmes entgegen, bis es endlich durch die Assemblée Nationale unterzeichnet werden konnte.

Tabelle 1

**Vergleich statistischer Kennzahlen der Länder im westlichen Subsahara-Afrika**

	<b>Benin</b>	<b>Burkina Faso</b>	<b>Côte d'Ivoire</b>	<b>Niger</b>	<b>Togo</b>
Bevölkerungsanteil der Frauen in Prozent	50,7	50,3	49,1	49,7	50,5
Lebenserwartung von Frauen (2011)	58	56	57	55	59
Müttersterblichkeit pro 100.000 Geburten (2010)	350	300	400	590	300
Anteil der Geburten bei Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren in Prozent (2011)	10,0	11,9	11,0	11,6	52,0
Geburten pro Frau (2011)	5,2	5,8	4,3	4	7
Alphabetisierungsgrad in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre in Prozent der Gesamtbevölkerung	45 (2010)	98 (2011)	62 (2010)	k.A.	75 (2009)

Quelle: World Bank Data Research.

Der vollen Chancengleichheit zwischen Mann und Frau steht eine effektive juristische Umsetzung der vorhandenen gesetzlichen Regelungen entgegen. Es fehlen Anwendungs- und Durchführungsbestimmungen, teilweise mangelt es bereits an einer Veröffentlichung der neuen Gesetze. Sanktionierungsmaßnahmen bei Nichtbefolgung der Gesetze werden vielfach weder in Erwägung gezogen noch haben sie die Chance einer Anwendung. Auf diese Weise



können Traditionen und kulturelle Tabus immer wieder die Oberhand über diejenigen Bestrebungen gewinnen, die eine deutliche Verbesserung der Lage der Frauen zum Ziel haben.

Noch deutlicher tritt die Tendenz zur Restriktion bei den Bestimmungen hinsichtlich des politischen Engagements von Frauen auf. 1999 hatte Niger die Convention sur l'Élimination de Toutes les Formes de Discrimination à l'Égard des Femmes (CEDEF) ratifiziert: die VN-Konvention war federführend in der internationalen Kodifizierung. Sie forderte zugunsten von guten Entwicklungschancen des jeweiligen unterzeichnenden Landes die maximale Partizipation von Frauen gleich der der Männer in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Niger reservierte sich jedoch bis heute bestehende Vorbehalte hinsichtlich der fünf Artikel, die das komplette Recht von Frauen auf Teilhabe beinhalten.<sup>9</sup>

### **TAKE NO SEAT: POLITISCHE REPRÄSENTATION VON FRAUEN IN PARTEIEN<sup>10</sup> UND PARLAMENTEN WESTAFRIKAS**

In den 1990er Jahren wurden Frauen in der politischen Landschaft (West-)Afrikas sichtbar. Die Gründe lagen in einer besseren Bildung, in einer wachsenden Erfahrung

- 9 | Die zeitgenössische politische Diskussion bestritt, dass Frauen grundsätzlich das gleiche Recht auf Teilhabe wie Männern zusteht. Dies wird in der Regel apodiktisch behauptet und bedarf in den Augen der Traditionalisten keiner weiteren Begründung.
- 10 | Analog zur defizitär strukturierten, programmatisch schwachen und auf starke (männliche) Führungspersönlichkeiten konzentrierten Struktur der Parteien existieren über die Repräsentanz von Frauen in politischen Organisationen oft nur wenige, veraltete oder unvollständige Daten. Diese Datenlage erschwert eine verlässliche Analyse. Deshalb ergänzten wir die vorhandenen Daten durch ein durchgängiges Monitoring bei Bildungsmaßnahmen 2012 und durch eine aktuelle Befragung von Funktions- und Entscheidungsträgern und -trägerinnen der Parteien in der Region. Für die Unterstützung bei der Recherche dankt die Verfasserin herzlich Jean-Baptiste Hounkpé, Anastasie N'Thoumon, Rodolphe Houedote, Eric Ouangré, Emmanuel Kouassi, Théophile Amouzou und Sylvain Zinsou. Der Vollständigkeit halber sei hier vermerkt, dass bereits die Ankündigung dieses Berichtes eine erhöhte Sensibilisierung des männlichen Führungspersonals für die „Frauenfrage“ in ihrer Partei zur Folge hatte.

der Frauen im Umgang mit Öffentlichkeit sowie in den vorsichtigen positiven Zeichen, die von mehreren Regierungen bezüglich der Beteiligung von Frauen am politischen Leben gegeben wurden. Frauen strebten eine bessere Vertretung in den Parlamenten sowie in der Exekutive an. Der Fokus der afrikanischen Frauenorganisationen verschob sich von der Erreichung entwicklungspolitischer Ziele hin zu legislativen und konstitutionellen Änderungen. Auch westafrikanische Frauen engagierten sich intensiv in den zeitgenössischen politischen Reformbewegungen.<sup>11</sup>

Trotz der unbestreitbaren Bereitschaft sich politisch zu engagieren, trotz ihrer starken Präsenz in zivilgesellschaftlichen Organisationen sind Frauen in der Politik Westafrikas immer noch eine *quantité négligeable*. Da Parteien eine entscheidende Rolle in der Artikulation des politischen Willens sowie bei der Bereitstellung politischen Personals spielen, gibt die quantitative und qualitative weibliche Repräsentanz in den Parteien außerdem Aufschluss über die in den Ländern der Region herrschende Konzeption von (Parteien-)Demokratie.

**Die weibliche Repräsentanz in den Parteien gibt außerdem Aufschluss über die in den Ländern der Region herrschende Konzeption von (Parteien-) Demokratie.**

Die Zahl der Frauen, die in den Parteien Westafrikas Politik mit gestalten, differiert beträchtlich. Die Skala reicht von „sehr viele“ in der Côte d’Ivoire über eine generelle Unterrepräsentanz in allen beninischen Parteien bis hin zu vernachlässigbaren Größen, die aus Burkina Faso gemeldet werden.<sup>12</sup> Die burkinabischen Frauen führen für Letzteres immer wieder das Argument an, soziokulturelle Vorurteile gegen Parteimitgliedschaften gäben den Ausschlag für die größere weibliche Enthaltensamkeit vom parteipolitischen Geschäft. Mit dem Parteibeitritt lockere sich die Bindung an die Familie, die Frau vernachlässige ihre Pflichten, die durch die Tradition definiert würden. Zusätzlich erschwere mangelnde Bildung den Zugang der Frauen zu einer Partei.

11 | So wurden in Mali Frauen in Demonstrationen gegen den damaligen Präsidenten Maoussa Traoré niedergeschossen. In Niger demonstrierten mehrere tausend Frauen gegen den geplanten Ausschluss von weiblichen Vertretern aus der Kommission, die die Nationalkonferenz von 1991 vorbereiten sollte.

12 | Genaue Angaben über die zahlenmäßige Vertretung von Frauen in den Parteien Westafrikas bleiben weiterhin ein Desiderat.

Dem entspricht das gängige Profil der burkinabischen Frau, die sich doch letztendlich dazu entschließt, Politik zu betreiben.

Es stellt sich die Frage, ob eine spezielle Vertretung ihrer Interessen in den Parteien Frauen den Beitritt erleichtern würde. Dies setzte allerdings voraus, dass in den männlich dominierten Parteien der Region Interesse an einer speziellen Frauenvertretung bestünde. Wieder lohnt sich ein Blick nach Burkina Faso, um die entsprechende Regelung kennenzulernen. Innerhalb der Parteien existieren dort in der Regel keine speziellen Frauenvereinigungen. Meistens sind die Frauen in den Parteien aber gleichzeitig Mitglieder in *associations*, dort oft genug in Leitungspositionen. In der Partei Union pour la Renaissance / Parti Sankariste (UNIR/PS), einem Kooperationspartner der Konrad-Adenauer-Stiftung in Westafrika, arbeitet eine nationale Frauenkoordinatorin, die sich jedoch nicht allein um die Belange der Frauen kümmert, sondern eine Kollegin der nationalen (männlichen) Sekretäre (sic!) zur Förderung der Frauen ist.<sup>13</sup> Nominell werden Vorkehrungen zur Interessenvertretung der Frauen von beiden getroffen. Die Praxis sieht aber so aus, dass der Sekretär die Linie und das Vorgehen allein bestimmt.

**Die Côte d'Ivoire hat 130 offiziell bekannte Parteien, von denen aber weniger als zehn Prozent momentan aktiv sind. Jede dieser Parteien besitzt eine Frauenorganisation.**

Etwas anders stellt sich die Situation in der Côte d'Ivoire dar. Das Land hat 130 offiziell bekannte Parteien, von denen aber weniger als zehn Prozent momentan aktiv sind. Jede dieser Parteien besitzt eine Frauenorganisation. Die Parteienfrauen bekommen von Fall zu Fall Geld für ihre Aktivitäten, was aber nicht satzungsgemäß verankert ist. Parallel dazu haben sich einige der Frauen der Parteien zu der Union des Femmes des Partis Politiques zusammengeschlossen. In Togo wiederum besitzen die meisten Parteien eine Frauenkommission oder zumindest eine Gruppe von Frauen, die ebenfalls zeitweilig finanzielle Unterstützung genießen.

Dass es bei den Parteien der Region in der Regel an einer strategisch ausgerichteten Interessenvertretung für Frauen mangelt, zeigen auch ihre Programme. Zwar kennt die

13 | Gemäß einer zurückhaltenden Auskunft aus weiblichen Parteikreisen kann man sich durchaus vorstellen, dass die Aktivitäten über die Ebene der Koordination hinaus durchaus inhaltlich erweitert werden könnten.

Agenda der politischen Parteien Forderungen nach Zugang zu Krediten, Zugang zu Grund und Boden für Frauen, sie fordern den Kampf gegen Gewalt und Diskriminierung und wollen die Beschäftigung von Frauen fördern sowie generell Einkommensmöglichkeiten für Frauen generieren. Programme thematisieren generell die Frau in der Politik, fragen nach Möglichkeiten von *leadership* für Frauen oder beschreiben lediglich die Tätigkeit von Frauen im Parlament, ohne damit eine Aufforderung zu verstärkter politischer Arbeit zu verbinden. Sie diagnostizieren die Lage der Frauen, identifizieren diese als Potenzial für die Unterstützung der Partei, oft geben sie auch Bekenntnisse zu Quoten ab. Dann aber verharrt das Programm im Bereich des Deklamatorischen, wenn es die angeblichen Stützen der Gesellschaft preist, deren Förderung aber gerne dem angeblich zuverlässigen Fortgang der Geschichte überlässt.

**Oft bleiben Parteiprogramme deklamatorisch, wenn sie die Rolle der Frauen preisen, deren Förderung aber gerne dem angeblich zuverlässigen Fortgang der Geschichte überlassen.**

Als Auslöser für ein parteipolitisches Engagement der Frauen in der Region fungiert in der Regel der Wunsch, an der Entwicklung des Landes mitarbeiten zu können. Nur in seltenen Fällen wurden politische Vorbilder als Beweggrund für parteiliches oder grundsätzlich politisches Engagement genannt.<sup>14</sup> Entscheiden sich die Frauen für die Mitarbeit an einzelnen Politikfeldern, so sind dies meist Gesundheits- oder Wirtschaftspolitik. Die in Burkina Faso befragten Mandatsträgerinnen und Frauen aus der Leitungsebene von UNIR/PS,<sup>15</sup> die seit achtzehn Monaten kontinuierlich nach ihrer Einschätzung der Stellung von Frauen in der Partei befragt werden, erklärten im Übrigen den Kampf für die Emanzipation und den Abbau von Diskriminierung, oft auch den Kampf für den Frieden, zu einem ihrer bevorzugten Ziele. Präzisere Formulierungen fanden die togolischen Frauen: Sie wollen die demokratische Entwicklung

14 | Die Frauen der UNIR/PS gaben als mögliches Vorbild Leben und Denken des in Burkina Faso immer noch verehrten Revolutionärs Thomas Sankara an.

15 | Die Frauen wurden zum einen in den Sommerworkshops 2012 der jungen Parteiführungskräfte befragt, zum anderen im November 2012 vor den Kommunal- und Parlamentswahlen in Burkina Faso und zum dritten Mal zur Jahreswende 2012/2013, um ihre Erfahrungen während der Nominierungsphase und im Wahlkampf zu eruieren.

beeinflussen, in gleichem Maße wie Männer partizipieren sowie die Interessen von Frauen verteidigen.<sup>16</sup>

Einmal den Entschluss zur Mitarbeit, vielleicht auch zur Karriere in einer Partei gefasst zu haben führt in der Regel bald zu der Erfahrung, welche Soft Skills für politischen Erfolg maßgeblich sind. Diese nur scheinbar banale Erfahrung mit dennoch weitreichender Tragweite machen auch die politisch engagierten Frauen zwischen Zinder und Zongo. Die mangelnde Repräsentanz von Frauen auf den Leitungsebenen der Parteien verhindert nicht, dass die wenigen Funktionsträgerinnen ein klares Profil der Frauen zu zeichnen wissen, die erfolgreich sind: verheiratete Frauen mit mehreren Kindern, die Französisch sprechen und mindestens eine Ausbildung an einem Collège vorzuweisen haben. Finanzielle Autonomie kann hilfreich sein, wenn die Betreffende keine Familie hat, die sie unterstützen kann. Oft unterschätzter Faktor: Die Familie muss ihre politische Aktivität akzeptieren. Hier kommt der Bruch mit der Tradition zum Ausdruck, den weibliches politisches Engagement bedeutet, hier wird die enorme Herausforderung für eine herrschende Mentalität deutlich, die ein Frauenleben auf häusliche Tätigkeiten reduziert.

### **DER LANGE WEG ZUR MACHT: WESTAFRIKANISCHE FRAUEN AUF DEM WEG IN PARLAMENTARISCHE UND POLITISCHE SCHLÜSSELFUNKTIONEN**

**In Benin bewegt sich der Anteil der Frauen, die die Geschicke der Parteien maßgeblich mitbestimmen, zwischen elf und 27 Prozent.**

Die 2.000 Mitglieder zählende burkinabische Partei UNIR/PS zählt in ihrem Politbüro unter 114 Mitgliedern 49 Frauen. Zwei Frauen sind Mitglieder des Secrétariat Exécutif National.

In Benin bewegt sich der Anteil der Frauen, die die Geschicke der Parteien maßgeblich mitbestimmen, zwischen

16 | Die klare Diktion entspricht dem aktuellen Engagement togolischer Frauen in den Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition: nicht nur präzisiert sich in der täglichen politischen Auseinandersetzung der Zielkatalog der weiblichen Politikerinnen inhaltlich und rhetorisch, sondern es machen auch Vertreterinnen togolischer NGOs und Parteien durch unkonventionelle Methoden von sich reden. Man denke an den Aufruf zum Sexstreik vom Sommer dieses Jahres sowie an den Protestmarsch Tausender rot gekleideter Frauen des Collectif Sauvons le Togo vom September 2012, der den Verzicht des Präsidenten auf eine weitere Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2015 forderte.

elf und 27 Prozent. In der Côte d'Ivoire war die heutige *Grande Chancelière* Henriette Diabaté lange Zeit Generalsekretärin des Rassemblement des Républicains (RDR), der Partei des heutigen Präsidenten Allassane Ouattara. Die togolesischen Parteien kennen Frauen als Mitglieder der Exekutivbüros der Parteien. In Niger wurde im Jahre 2008 eine von 44 Parteien von einer Frau geführt. In Togo sind es momentan zwei von hundert offiziell anerkannten Parteien, die eine Vorsitzende haben. Auf die Frage, wie die Inhaberinnen der Posten so reüssieren konnten, verweisen die Antworten auf eine Kombination aus Erfahrung, Qualifikation und Kampfkraft. Trotzdem bleibt aber der Einfluss der Frauen im innerparteilichen Macht- und Institutionengefüge mehr als beschränkt. Die Suche nach den Ursachen dafür mündet immer wieder im stereotypen Hinweis auf die kulturellen Schranken, die eine stringente Einbindung der Frauen in den innerparteilichen Dialog bzw. innerparteiliche Absprachen verhindern und ihnen bei öffentlichen Auftritten der Parteigranden keinen relevanten Platz zuweisen.

Gerade angesichts einer langsam steigenden Zahl von Frauen in den National- und Kommunalparlamenten der Region bleibt das Streben nach einer wirkungsvollen Steigerung der Mandatszahlen bei den Frauen virulent. In Benin waren Frauen in den ersten vier Legislaturperioden nach dem Übergang zur Mehrparteidemokratie (1995 bis 2008) nur sehr schwach im beninischen Parlament repräsentiert – die Bandbreite reichte von sechs bis zwölf Prozent. In der dritten und vierten Legislaturperiode gar waren nur sechs von 83 Abgeordneten weiblich. Die Zahl der Bürgermeisterinnen in Benin ist von drei Prozent im Jahre 2002 auf mehr als vier Prozent in 2008 gestiegen. Für 2015 projiziert die Regierung einen Anstieg auf 30 Prozent. In Burkina Faso besetzten nach den Kommunalwahlen 2006 Frauen 19 von insgesamt 359 Bürgermeisterposten.

Der Niger belegt auch in diesem Falle die besten Ursachen für eine nur langsam ansteigende Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten und Entscheidungsgremien. Die Rate der politischen Partizipation von Frauen dieses Landes ist als eine der niedrigsten weltweit<sup>17</sup> bekannt. Zumindest

17 | Ministère de la Promotion de la femme et de la protection de l'enfant, UNICEF, Institut National de la Statistique, Analyse de la situation de l'enfant et de la femme, Niamey, 2008, 232.

ist eine positive Entwicklung hinsichtlich der Sitze in der Nationalversammlung feststellbar: 2008 waren 15 von 113 Parlamentariern weiblich. In den Gemeinden allerdings sind noch wesentlich deutlicher wahrnehmbare maßgebliche Entscheidungsposten für Männer reserviert – diese grundlegende Tendenz wird in dem Sahelstaat oft noch durch den herrschenden Einfluss der islamischen Tradition verstärkt. Auch in den beratenden Organen der Gemeinden sind Frauen unterrepräsentiert. Wenn Frauen im Niger auf kommunalem Niveau an Entscheidungsfindungen beteiligt sind, dann geschieht dies in ihrer Funktion als Organisatorinnen von Spargemeinschaften (*tontines*). 2007 waren 17 Prozent der nigrischen Stadträte Frauen, was eine allmähliche Zunahme bedeutet. Allein unter den Bürgermeister\*innen waren wiederum von 245 gewählten nur sechs Frauen. 2003 wurde die erste Frau im Niger zum Sous-Préfet ernannt. Aufgrund der Feindseligkeit der lokalen Bevölkerung musste sie ihren Posten aber wieder aufgeben. Es geht aber auch anders: Die Communauté Urbaine von Niamey konnte 2005 vermelden, dass sie bereits zwei Jahre eine Préfet Présidente hat.

Neben der Zahl der faktischen Mandatsinhaber auf kommunaler und nationaler Ebene gibt auch das Verhältnis zwischen den aufgestellten und gewählten Kandidatinnen Aufschluss über die Akzeptanz weiblicher Kandidaten in der Bevölkerung. Bei den beninischen Präsidentschaftswahlen 2006 traten zwei Kandidatinnen an, Marie-Elise Gbédo und Célestine Zanou, bei der letzten Präsidentschaftswahl nur noch Gbédo. Beide erhielten jeweils nicht mehr als 0,4 Prozent aller Stimmen. In der Côte d'Ivoire bewarben sich 2010 100 Kandidatinnen um einen Sitz im Parlament. Zehn Prozent davon wurden gewählt. 2010 war in Niger Marima Cissé, Vizepräsidentin der nigrischen Menschenrechtskommission, die erste Präsidentschaftskandidatin in der Geschichte des Landes. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2012<sup>18</sup> in Burkina Faso traten 981 Kandidatinnen (von insgesamt 6.074 Kandidaten) an und wetteiferten miteinander um 127 Deputiertensitze. 23 Frauen wurden gewählt, davon fünfzehn direkt. Die

18 | Für die letzten Kommunalwahlen in Burkina Faso liegen noch keine definitiven Ergebnisse vor, da diese in einigen Kreisen aufgrund von Unregelmäßigkeiten wiederholt werden müssen.

verbleibenden acht rückten nach, weil die Mandatsinhaber auf Regierungsposten aufgerückt waren. Als ausschlaggebend für die Wahl der erwähnten Kandidatinnen erwiesen sich fast ohne Ausnahme deren gesellschaftliche Stellung, damit verbunden das Ansehen der Familie, der sie entstammten, sowie die Verwurzelung in der Bevölkerung. Noch bedeutender (und wirkungsvoller) waren die Gründe, Frauen nicht zu wählen: wieder kamen die bekannten Ressentiments zum Tragen – Nicht-Akzeptanz von öffentlich agierenden Frauen, Überschreiten von kulturellen Grenzen, teilweise auch die angebliche Belastung durch früher wahrgenommene öffentliche Ämter und der Vorwurf, sich zum Komplizen früherer korrupter Systeme gemacht zu haben.

**Als ausschlaggebend für die Wahl der Kandidatinnen erwiesen sich deren gesellschaftliche Stellung, damit verbunden das Ansehen der Familie, der sie entstammten, sowie die Verwurzelung in der Bevölkerung.**

### **LOST IN GENDER: AFRIKANISCHE MINISTERINNEN UND IHRE RESSORTS**

Die Côte d'Ivoire und Burkina Faso haben jeweils fünf, sieben finden sich in Togo: Die Rede ist von weiblichen Ministern. Bei den beninischen Nachbarn hat die Prozentzahl der Frauen, die Regierungsfunktionen innehaben, zwischen 1991 und 2007 zwischen zehn und 23 Prozent variiert. Heute macht die Zahl der Frauen nicht einmal ein Viertel der Exekutive aus. Im aktuellen Kabinett des Präsidenten Thomas Boni Yayi stehen 26 Männern nur sieben Frauen gegenüber,<sup>19</sup> die in der Regel Posten besetzen, die ihnen qua Geschlecht zuzustehen scheinen.

Die Zuteilung der Kabinettsposten folgt nicht nur in der ehemaligen Musterdemokratie dem traditionellen Rollenschema. Grundsätzlich gilt in Benin wie in der gesamten Region Westafrika, dass die schwache Vertretung in den staatlichen Leitungsgremien in starkem Gegensatz zur grundsätzlich starken weiblichen Präsenz unter den Mitgliedern von Organisationen der Zivilgesellschaft oder Parteien steht.<sup>20</sup>

19 | Der Präsident weicht damit deutlich von seinem Versprechen ab, Frauen zu 30 Prozent an seiner Regierung zu beteiligen.

20 | In Benin bietet Rékya Madougou, die Ministerin für Mikrofinanz und Beschäftigung von Jugend und Frauen, ein Gegenbeispiel, die lange vor ihrem Wechsel in ein Regierungsamt eine bedeutende Rolle in der Zivilgesellschaft spielte und auch als Amtsinhaberin weiter den Kontakt zu den Weggeführten von damals hält.



## **DIE DISKUSSION UM QUOTEN: ROSSKUR FÜR WAHL- UND PARTEIVOLK?**

Dass Westafrikas Parlamente, Parteien und Ministerien weitgehend von weiblicher Mitwirkung und Lenkung frei zu sein scheinen, legt die Frage nahe, ob dieses Phänomen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als Mangel empfunden wird. Die immer wiederkehrende Diskussion über gesellschaftliche Quoten in den Parteien<sup>21</sup> sowie bei Wahlen ist ein klarer Indikator dafür.

Beispiele aus den Ländern belegen dies: Burkina Faso kennt keinerlei Frauenquoten in den Parteien, in der Côte d'Ivoire bleibt es diesen überlassen, ob sie intern eine Quote anwenden. Anders sehen teilweise die Regelungen für Wahlen aus: in Burkina Faso wurde 2009 ein Gesetz über eine 30-Prozent-Quote für Kommunal- und Parlamentswahlen verabschiedet. Die Côte d'Ivoire wiederum lehnt Quoten

bei der Aufstellung von Wahllisten ab. Togo diskutiert gegenwärtig ein Parité-Gesetz für die Wählerlisten, damit dies noch rechtzeitig vor den Kommunalwahlen in März/April 2013 angewendet werden kann. Die gleiche

**Führende Nichtregierungsorganisationen in Togo plädierten für die Einführung eines Parité-Gesetzes für Frauen in Entscheidungspositionen und für den öffentlichen Dienst.**

Diskussion führte Benin schon im vergangenen Jahr. Zusätzlich plädieren führende Nichtregierungsorganisationen in Togo für die Einführung eines Parité-Gesetzes für Frauen in Entscheidungspositionen und für den öffentlichen Dienst bei Regierung und Parlament.

Tendenziell werden demnach Quoten durchaus als Mittel zur Erreichung einer angemessenen Repräsentanz von Frauen in der Politik angesehen. Die Parteien allerdings stehen diesem Mittel oft reservierter gegenüber.

## **GRAUE EMINENZEN: UMWEGE ZUR MACHT**

Westafrika kennt nicht viele Frauen, die Entscheidungs- und Führungspositionen in der Politik innehaben. Damit fallen wichtige Orientierungsmodelle für aufstiegswillige Frauen aus. Umso wichtiger werden in dieser Situation Frauen, die

21 | Zur Diskussion über Sinn und Wirkung von Frauenquoten: Antonie Katharina Nord, „Mehr Geschlechtergerechtigkeit? Zur Frauenquote in Afrika“, *GIGA Focus*, 5, 2012, [http://giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_afrika\\_1205.pdf](http://giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_1205.pdf) [17.02.2013].

aufgrund ihres Erfolges in Wirtschaft und Gesellschaft als Orientierungsfiguren dienen können. Umso mehr, als sich bei vielen dieser *role models* die guten Kontakte zu politischen Kreisen und ein entsprechender Einfluss als Folge ihres Erfolges in anderen Domänen als der Politik eingestellt haben. Alle untersuchten Länder in der Region Westafrika kennen solche Frauen. Sie können in entscheidenden politischen Entscheidungssituationen des Landes Weichen stellen. Sei es, dass sie bei Wahlen öffentlich Stellung für Kandidaten beziehen, sei es, dass sie mit ihren finanziellen Mitteln Parteien vor dem wirtschaftlichen Untergang retten können. In den Augen jener Frauen, denen aufgrund von gesellschaftlichen Konventionen und Traditionen der Aufstieg in Parteien oder der Weg ins Parlament versagt bleibt, kann eine solche informelle Einflussnahme auf die Politik, ohne damit direkt eine Funktion in der Politik einnehmen zu müssen, durchaus attraktiv sein.



Frauen in Togbin: Mit den farbenfrohen Visco-Stoffen haben Unternehmerinnen ein Vermögen gemacht. | Quelle: © Elke Erlecke.

Beispiele gibt es viele. Die Nana Benz in Togo sind nur eines von vielen – die Grossistinnen, die farbenfrohe niederländische Visco-Stoffe als Zwischenhändlerinnen verkaufen und damit ein Vermögen machen. An ihrer Spitze steht Ayélé Creppy, Präsidentin der Pagnes-Verkäuferinnen. Dazu gehören auch die Präsidentschaftskandidatin von 2010, Brigitte Kafui Adjamagbo-Johnson, und die Direktorin der togolesischen Presseagentur, Claudina Akakpo.

Candide Leguede, Präsidentin der Geschäftsfrauen in Togo und Mitglied im Vorstand der Industrie- und Handelskammer von Togo, und Ingrid Awade, Direktorin der Steuerbehörde, haben sich einen Namen gemacht, wenn es darum geht, die öffentliche Meinung nachhaltig zu beeinflussen. Ihre Schwester in Burkina Faso ist Alizèta Ouédraogo, Präsidentin der IHK von Burkina Faso, eine Self-Made-Woman, die durch den Handel mit Leder und Häuten zu Reichtum gekommen ist. Heute ist sie aufgrund einer Allianz mit der Präsidentenfamilie Chefin mehrerer Unternehmen – sie ist die Schwiegermutter des jüngeren Bruders des Präsidenten. Das gesellschaftliche Ansehen dieser Frauen garantiert ihnen einen Grad an politischem Einfluss, den sie auch nach einer Ochsentour in der Politik nie gehabt hätten.

### **FRAUEN UND POLITIK IN WESTAFRIKA – TREFFPUNKT IM UNENDLICHEN?**

**Bereits in der Erziehung werden Mädchen zu Unterordnung und Passivität erzogen. Später sorgt die Bindung an Haushalt und Familie dafür, dass eine Beschäftigung mit Politik mangels Zeit entfallen muss.**

This is a man's world: Immer noch gilt die Politik in Westafrika als eine für Männer reservierte Domäne. Die Grundlagen werden bereits in der Erziehung gelegt, durch die Mädchen zu Unterordnung und Passivität erzogen werden.

Später sorgt in der Regel die Bindung an Haushalt und Familie dafür, dass eine Beschäftigung mit der Politik mangels eines dafür vorhandenen Zeitbudgets entfallen muss. Wagt eine Frau doch den Schritt auf das gefährliche Parkett der Politik, sind es oft die „Mitschwester“, die dafür sorgen, dass sie ins Schleudern kommt: Die von Marie-Elise Gbédo, Kandidatin bei den beninischen Präsidentschaftswahlen 2006 und 2011, unternommenen Bemühungen zur Verbesserung der Lage von Frauen im Land wurden von den weiblichen Wählern nicht honoriert.

Das Schema ist das ewig Gleiche: es mangelt an allem – an Ressourcen, an politischer Erfahrung, Erziehung und politischer Bildung sowie aufgrund der Bindung an Haus und Familie an politischen Kontakten, die den Einstieg erleichtern. Frauen, die bei Wahlen kandidieren wollen, erleben ihre Defizite noch stärker, ist doch ein gutes finanzielles Polster unabdingbare Voraussetzung zur Rekrutierung von Unterstützern und erfolgreichen Durchführung des Wahlkampfes.

Letztendlich geben diskriminierende soziokulturelle Einstellungen sowie negative Stereotype oft den Ausschlag. Soziale Exklusion – „eine Frau spricht nicht in der Öffentlichkeit“ – verhindert die Integration von Frauen in politische Organisationen. Frauen werden grundsätzlich als minderwertige Lebewesen angesehen, denen die Artikulation ihrer Anliegen nicht zugestanden wird.<sup>22</sup> Gegen die dauerhafte Marginalisierung von Frauen auf Entscheidungspositionen bietet permanentes Lobbying einen Ausweg – und Mut machende Symbolfiguren wie die neue AU-Kommissionspräsidentin Dlamuni-Zuma. Ihr Tipp für den frauenpolitischen Fortschritt in Afrika lautet: „Standhaft bleiben!“ Dass die westafrikanischen Frauen den erforderlichen langen Atem haben, ist sicher. Genauso sicher ist: Sie werden ihn brauchen.

22 | Die Überzeugung, dass sie nicht gemeinsam mit Männern in ein und derselben Versammlung sitzen dürfen, findet sich oft genug auch bei den Frauen selbst.